

FRAKTION DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
IM STADTRAT ZU NÜRNBERG



CSU-Stadtratsfraktion Rathausplatz 2 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

jha

OBERBÜRGERMEISTER		
0 9. JAN. 2008 / Nr.		
V	1 Zur Kis.	3 Zur Stellungnahme
2	4 Antwort vor Ab- sendung vorlegen	5 Antwort zur Unter- schrift vorlegen
M.V.		

km

Wolff'scher Bau des Rathauses
Zimmer 58
Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg
Telefon: 09 11 / 231 - 2907
Telefax: 09 11 / 231 - 4051
E-Mail: csu@stadt.nuernberg.de
csu-stadtratsfraktion.nuernberg.de
www.klemens-gsell.de
www.csu-nuernberg-2008.de

cw/ 8.1.2008
Dr. Gsell/ Frieser

† 11 / 2008

Kinderschutz und Frühwarnsystem - Zukunft für Kinder in Nürnberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Berichte über verwahrloste und vernachlässigte Kinder erschütterten in der jüngsten Zeit wieder einmal die Öffentlichkeit. Seit dem tragischen Tod des kleinen Kevin in Bremen und der kleinen Lea-Sophie wird dabei das Vorgehen der Jugendämter sehr kritisch beobachtet. Aus diesem Grund hat die CSU-Stadtratsfraktion schon im Dezember 2006 einen Antrag zur Errichtung eines Frühwarnsystems zur Erkennung von Verwaarlosung und Vernachlässigung bei Kleinkindern gestellt. Mittlerweile wurden in vielen Städten solche Frühwarnsysteme installiert, an denen sich auch Nürnberg orientieren kann. So werden z. B. in München Familien, die einen erhöhten Beratungsbedarf vermuten lassen, nach der Betreuung durch die Hebamme im Säuglingsalter regelmäßig von Kinderkrankenschwestern besucht. Die Stadt investiert rund 2,4 Millionen Euro pro Jahr, um Familien „in riskanten Lebenslagen“ besser zu helfen. In Wuppertal wird zusätzlich ein Kinder-Notruf errichtet, bei dem Auffälligkeiten gemeldet werden und an den sich hilfesuchende Eltern wenden können. Die Stadt Augsburg reagiert auf Fälle von Kindesvernachlässigung und erhöht probeweise die soziale Kontrolle, indem sie Hebammen und Sozialpädagogen in die Familien schickt. Diese Besuche sind nicht nur als Kontrolle zu verstehen, sondern auch als Hilfsangebot zu sehen, das Rat in Erziehungsfragen gibt oder über das Betreuungsangebot der Stadt informiert. Wichtig für das Wohl von Kindern ist eine intakte und starke Familie und ein starkes Netz für Kinder und Eltern, das Unterstützungsangebote bereit stellt und überforderten Eltern unter die Arme greift.

Seit über einem Jahr beschäftigt sich auch die Stadt Nürnberg mit dieser Problematik, hat ein aus Gesundheits- und Jugendamt zusammen gesetztes Koordinierungsgremium eingesetzt und auch externe Meinungen von Experten eingeholt. Es ist an der Zeit, eine erste Bilanz zu erstellen, um Verbesserungsmöglichkeiten und noch konkreten Handlungsbedarf festzustellen. Darüber hinaus ist jedoch auch die Prävention von Fällen von

Unsere Bürozeiten: Montag bis Donnerstag 8 - 16 Uhr, Freitag 8 - 14 Uhr

Sie erreichen uns mit öffentlichen Verkehrsmitteln: U1, U11 bis Lorenzkirche oder Bus Linie 36, 46, 47 bis Rathaus
2/1- A7120300.doc

Kinderverwahrlosung ein weiterer wichtiger Aspekt. Die nächste Generation der Eltern, d. h. die Jugendlichen von heute, müssen auf ihre zukünftige Elternrolle besser vorbereitet werden.

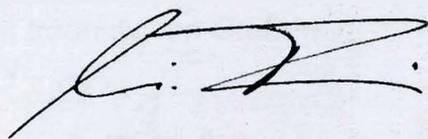
Für die CSU-Stadtratsfraktion stelle ich zur Behandlung im zuständigen Ausschuss folgenden

Antrag:

Die Verwaltung beantwortet und erläutert folgende Fragen:

- 1) Was wurde bisher finanziell und personell getan, um Kinder besser vor Verwahrlosung zu schützen und überforderte Eltern zu unterstützen? Reicht das vorhandene Personal aus, um alle betroffenen Familien zu unterstützen? Wie müsste die aufsuchende Arbeit ausgebaut werden, damit der gesamte Handlungsbereich abgedeckt werden kann?
- 2) Bei wie vielen Kindern wurde konkreter Handlungsbedarf festgestellt?
- 3) Gibt es Kriterienkataloge des Sozialreferates, die mit Ärzten, Hebammen und Erziehern abgestimmt sind und an denen sich die Mitarbeiter, die Familien aufsuchen, orientieren können?
- 4) Was plant die Verwaltung auf Grundlage der Beschlüsse der Staatsregierung, die vorsehen, Früherkennungsuntersuchungen generell verpflichtend einzurichten und eine Mitteilungspflicht für Ärzte und Hebammen einzuführen?
- 5) Wie beurteilt die Stadtverwaltung die Einführung eines kommunalen Betreuungsgeldes, das an nachgewiesene Teilnahme von Pflichtuntersuchungen geknüpft ist? Welche Alternativen gäbe es?
- 6) Gibt es Planungen, erzieherische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Lehrer zu schulen, um diese für etwaige Anzeichen von Vernachlässigung bzw. Missbrauch von Kindern zu sensibilisieren?

Mit freundlichen Grüßen



Michael Frieser
Fraktionsvorsitzender